

Nr. 7 (XXVIII) Ausweisung¹

Das Exekutiv-Komitee

- a) *bestätigte*, dass in Übereinstimmung mit dem Abkommen von 1951 Flüchtlinge, die sich regelmäßig im Staatsgebiet eines Vertragsstaates aufhalten, im Allgemeinen gegen eine Ausweisung geschützt sind und dass nach Artikel 32 des Abkommens die Ausweisung eines Flüchtlings nur unter außergewöhnlichen Umständen zulässig ist;
- b) *bestätigte*, dass eine Ausweisung sehr ernsthafte Folgen für einen Flüchtling und die unmittelbaren Familienmitglieder, die mit ihm zusammenleben, haben kann;
- c) *empfahl*, dass gemäß Artikel 32 des Abkommens von 1951 Ausweisungsmaßnahmen gegen einen Flüchtling nur unter außergewöhnlichen Umständen und nach sorgfältiger Prüfung aller Umstände getroffen werden sollten, einschließlich der Möglichkeit der Aufnahme durch ein anderes Land als sein Herkunftsland;
- d) *empfahl*, dass in Fällen, in denen eine Ausweisungsmaßnahme nicht durchführbar ist, die Staaten erwägen sollten, straffällige Flüchtlinge wie straffällige Staatsangehörige zu behandeln, und dass die Staaten die Möglichkeit der Erarbeitung eines internationalen Vertragswerkes in Betracht ziehen, das diesem Grundsatz Geltung verschafft;
- e) *empfahl*, dass eine Ausweisungsverfügung nur dann mit Gewahrsam oder Haft verbunden werden sollte, wenn dies aus Gründen der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung absolut notwendig erscheint, und dass die Dauer des Gewahrsams oder der Haft nicht länger als unbedingt erforderlich sein sollte.

¹ Dokument Nr. 12 A (A/32/12/Add.1)